

# Factsheet: Türkei

August 2025



Karte: Turkey: Administrative Divisions, CIA, 2006

# 1 FAKTEN UND ZAHLEN

## Bevölkerung

Gemäss staatlichem Statistikinstitut der Türkei (2025) 85 Millionen. 93.4% der Bevölkerung lebt in Distrikt- und Provinzzentren, 6.6% in Städten und Dörfern («towns and villages»).

## Ethnien

Türkisch 70% bis 75%, kurdisch 19%, andere Minderheiten 6% bis 11% (Schätzung 2016).

## Religion

Islam 99.8% (hauptsächlich sunnitisch, Anteil Aleviten geschätzt mit grosser Bandbreite von 4% bis 31%), andere 0.2% (hauptsächlich Christen- und Judentum).

## Politisches System

Präsidentialrepublik. Präsident: Recep Tayyip Erdoğan (seit 2014).

## 2 RISIKOPROFILE

- Personen, die mutmassliche **Verbindungen zur Gülen-Bewegung** aufweisen und ihre Familienangehörigen
- Personen mit mutmasslichen **Verbindungen zur verbotenen Guerilla «Arbeiterpartei Kurdistans» PKK**, PKK-nahen Gruppierungen oder den PYD/YPG und ihre Familienangehörigen
- **Politiker\*innen** oder **Funktionär\*innen** der Partei **Cumhuriyet Halk Partisi (CHP)**, die dem Ekrem İmamoğlu (Bürgermeister von Istanbul) nahestehen
- Kurdische Politiker\*innen, insbesondere der Parteien **DEM** (ehemals HDP) **und DBP**, Unterstützende und Mitglieder der DEM und DBP
- **Menschenrechts-**, Bürgerrechts- und politische **Aktivist\*innen**, Umweltaktivist\*innen, Personen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren
- Kritische **Medienschaffende** und deren **Familien**
- Personen, die sich **öffentlich oder in sozialen Medien regierungskritisch** äussern
- **Anwält\*innen** (werden aufgrund der rechtlichen Vertretung von Gülenist\*innen oder PKK-Verdächtiger ebenfalls terroristischer Aktivitäten beschuldigt)
- Angehörige bestimmter **Gewerkschaften**
- **Frauen** und **Kinder** (Gewalt im Namen der Ehre, Gewalt gegen Frauen, Kinderheirat).
- **Exilpolitisch** regierungskritisch aktive Personen
- **LGBTIQ+** (Hassverbrechen)

## 3 JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN

### Friedensprozess mit der PKK

Im Februar 2025 rief Abdullah Öcalan, der inhaftierte Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, zur Auflösung der Organisation auf – nach monatelangen geheimen Gesprächen zwischen der pro-kurdischen Partei DEM und der türkischen Regierung. Im Mai erklärte die PKK offiziell ihre Selbstauflösung; im Juli folgte in Sulaymaniyah (Nordirak) eine symbolische Entwaffnung einzelner Kämpfer\*innen. Im August setzte das türkische Parlament eine Kommission zur Überwachung des Prozesses ein. Noch offen ist, welche Folgen dies für inhaftierte PKK-Mitglieder und DEM-Parteifunktionär\*innen haben wird.

### Vorgehen gegen Ekrem İmamoğlu und CHP

Bei den Kommunalwahlen im März 2024 erzielte die Oppositionspartei Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) landesweit mehr Stimmen als Erdoğan's AKP. Seit Herbst 2024 beschuldigten die Behörden CHP-Funktionär\*innen der Zusammenarbeit mit der PKK, verhafteten sie und entfernten sie aus ihren Ämtern. Im März 2025 wurde der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu – zugleich aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der CHP – festgenommen und mit politisch motivierten Verfahren überzogen. Landesweite Proteste gegen seine Verhaftung wurden gewaltsam unterdrückt. Bis Mitte August 2025 waren Hunderte CHP-Funktionär\*innen in Haft, Bürgermeister\*innen abgesetzt und sogar ihre Rechtsbeistände mit Strafverfahren konfrontiert.

### Eine weitere Amtszeit von Präsident Erdoğan?

Obwohl die türkische Verfassung eine weitere Amtszeit ausschliesst, gibt es Hinweise, dass Präsident Erdoğan erneut kandidieren will. Dafür wäre eine Verfassungsänderung notwendig. Beobachtende vermuten, dass er hierfür die Unterstützung der pro-kurdischen DEM-Partei suchen und der kurdischen Minderheit politische Zugeständnisse machen müsste.

### Moderat sinkende Inflation

Die anhaltende, wenn auch moderat sinkende Inflation – bei rund 33–35% im Sommer 2025 – belastet Haushalte und Unternehmen weiterhin stark. Reformen zeigen erste Wirkung, der Abwärtstrend ist jedoch fragil.

### Politisch motivierte Strafverfahren

Im Juli 2025 liefen gegen 24'000 Menschen Strafverfahren und gegen 58'000 Personen Ermittlungen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung. 11'085 Personen befanden sich in diesem Zusammenhang in U-Haft oder verurteilt im Gefängnis. Hunderte kurdische Aktivist\*innen, Ex-Parlamentarier\*innen, Bürgermeister\*innen und Parteifunktionär\*innen sitzen wegen angeblicher Terrorvergehen für legitime, gewaltfreie politische

Aktivitäten, Reden und Posts im Gefängnis. Dabei wird insbesondere der vage Anti-Terror-Artikel 314 des Strafgesetzes instrumentalisiert, um kurdische Oppositionelle und sogar ihre Anwält\*innen strafrechtlich zu verfolgen. Auch Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen, Oppositionspolitiker\*innen und andere Personen müssen weiterhin mit unbegründeten Ermittlungen, strafrechtlicher Verfolgung und Schuldsprüchen rechnen. Zahlreiche Verfahren werden im Zusammenhang mit Kritik an Regierungsvertretenden oder der Teilnahme an sozialen Protesten geführt.

## **Straflose Folter und Misshandlungen**

Es wird weiterhin von Folter, Misshandlungen, übermässiger Gewaltanwendung durch Polizei und Sicherheitskräfte berichtet. Diese richtete sich insbesondere gegen Personen, die mutmasslich der Gülen-Bewegung und der PKK angehörten. Ermittlungen gegen Beamt\*innen sind selten, Strafen oft gering oder ausbleibend.

Das **UN Committee Against Torture** hat erstmals seit 2016 im August 2024 wieder einen Bericht zur Türkei veröffentlicht. Darin zeigt es sich besorgt darüber, dass Folter und Misshandlungen in der Türkei «weit verbreitet sind, insbesondere in Haftanstalten». In Berichten wurden Schläge, sexuelle Übergriffe und Belästigungen durch Strafverfolgungs- und Geheimdienstkräfte sowie in einigen Fällen Elektroschocks und Waterboarding dokumentiert.

## **Gewalt gegen Frauen**

Im Jahr 2024 wurden laut einer türkischen Frauenrechtsorganisation 394 Femizide begangen und 259 weitere Frauen starben unter verdächtigen Umständen. Im Jahr 2025 wurden in den ersten sechs Monaten bereits 136 Femizide und 145 verdächtige Todesfälle gezählt.

## **Repression gegen LGBTIQ+-Personen**

Pride-Märsche wurden verboten, Teilnehmende festgenommen und Polizeigewalt angewandt. Regierung und konservative Parteien verstärken mit homophober Rhetorik die Stigmatisierung. Ein Gesetzentwurf mit Strafen für «LGBT-Propaganda» liegt im Parlament, ist aber noch nicht verabschiedet.

## 4 PRAXIS DER SCHWEIZER BEHÖRDEN

### Sinkende Schutzquote SEM

Zahlen des SEM für 2024: Anerkennungsquote 33.5%. Schutzquote (Positiv + VA): 26.1%. Bereinigte Zahlen (ohne NEE): Asyl: 38% Schutzquote: 41% 2023: Anerkennungsquote 46.4%. Schutzquote: 50.3%. Bereinigte Zahlen (ohne NEE): Asyl: 60.7%. Schutzquote: 65.8%.